

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>vorgetragenen Anmerkungen sind aber weder benannt, noch ist eine inhaltliche Auseinandersetzung ersichtlich. Die zum Amt Barnim-Oderbruch gehörenden Gemeinden haben sich daher erneut mit dem in Rede stehenden 2. Entwurf des LEP H-R befasst und hierzu einzelne Punkte herausgearbeitet, die einer näheren Betrachtung und Veränderung bedürfen. Da die Berücksichtigung der vorhergehenden Punkte teilweise nicht zu erkennen ist, läuft die Stellungnahme zum 2. Entwurf zwangsläufig darauf hinaus, die im Rahmen der ersten Entwurfsfassung angemerkten Punkte wiederum zu wiederholen.</p>		<p>Anregungen und Bedenken aus der 1. Auslegung durch die Landesregierungen während des laufenden Beteiligungsverfahrens war vor dem Hintergrund des gesetzlich normierten Ablaufes weder möglich noch erforderlich. Sie hätte zudem die vom Gesetzgeber vorgesehene Rolle der Parlamente diskreditiert - zumal die herausgehobene Rolle der Parlamente im Planungsprozess mit Vehemenz betont wird. Gegenstand der 2. Auslegung war nicht eine Auseinandersetzung mit der Abwägung von Anregungen und Bedenken zum 1. Entwurf, sondern die Prüfung des 2. Entwurfes auf ggf. entgegenstehende Belange.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Ein prognostizierter Rückgang der Geburtenrate ist für die Gemeinde Borkheide nicht feststellbar. Im Gegenteil ist festzustellen, dass auf Grund der Geburtenzahlen (225 Kinder von 2005 bis 2017) bereits jetzt ein großer Bedarf an Kita- und Schulplätzen besteht. Auch der Mangel an jungen Arbeitskräften kann nicht bestätigt werden. Auf Grund der Standortfaktoren ist die Gemeinde besonders für junge Familien interessant. Aus der Tabelle „Altersstruktur“ ist ersichtlich, dass 24 % der Bevölkerung der Gemeinde unter 35 Jahren alt sind. Es ist ein eindeutiges Interesse von jungen Familien, die Borkheide als Wohnort auswählen, abzuleiten. Bei Betrachtung der generellen Bevölkerungsentwicklung und der Wohnraumknappheit in den Beschäftigungszentren ist darauf zu schließen, dass sich dieser Anteil in den nächsten Jahren weiter erhöht. Das Interesse junger Familien an Borkheide als Wohnstandort wirkt sich auch auf die Entwicklung der benötigten Kita-Plätze als auch der Schülerzahlen in der Grundschule aus. Genauere Ausführungen erfolgen im Rahmen der Stellungnahme zum Ziel 3.1 des Landesentwicklungsplans. Auszug aus dem zweiten</p>	<p>II.5 Demographische Rahmenbedingungen</p>	<p>Die in dem Abschnitt „Demografische Rahmenbedingungen“ beschriebene Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsverteilung im Raum beschreibt die Ausgangssituation für die teilträumlich differenzierten Steuerungsansätze der textlichen Festlegungen zum LEP HR. Hinsichtlich der Bevölkerungsdaten ist eine Diskrepanz zwischen den Daten aus der Bevölkerungsfortschreibung der amtlichen Statistik und der in den Kommunen vorhandenen Daten der Einwohnerzahlen aus den eigenen kommunalen Melderegistern festzustellen. Diese Differenz setzt sich durch die Bevölkerungsprognose und die kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung fort, da diese auf der Bevölkerungsfortschreibung der Daten aus der amtlichen Statistik basieren. Einheitliche Angaben zur Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen kann es in einer Kommune also nicht geben, so lange unterschiedliche Datenquellen, Fortschreibungsmethoden und Einwohnerbegriffe nebeneinander bestehen. Unterschiedliche Methoden und Datenquellen führen zwangsläufig zu Abweichungen bei den Einwohnerzahlen. Der im Jahr 2011</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Entwurf LEP HR: „Insgesamt haben sich die Bevölkerungsgewichte im Gesamttraum Berlin-Brandenburg seit Jahren zu Gunsten des Kerns der Hauptstadtregion (Berlin und Berliner Umland) verschoben. In den nächsten Jahren wird es daher darauf ankommen, dass möglichst große Ausstrahlungseffekte in allen Teilräumen spürbar werden.“ Diese Aussage ist grundsätzlich nicht nachvollziehbar, da innerhalb Berlins und des Berliner Umlands (hier beispielsweise Potsdam) bereits eine Knappheit an bezahlbaren Wohnungen herrscht und daher bereits ein „Ausstrahlungseffekt“ auf Kommunen im Weiteren Metropolenraum besteht. Für die Gemeinde Borkheide ist es aus den Bevölkerungsdaten nachweisbar, dass ein positives Saldo aus den Fortzügen nach Berlin und in das Berliner Umland und den Zuzügen aus diesen Strukturräumen besteht. Dieser Trend ist nachvollziehbar, da eine sehr gute verkehrstechnische Anbindung besteht (Anschluss an die Bundesautobahn A9, eine Haltestelle des Regionalexpresses RE7). Der positive Saldo besteht seit 2013. Hier ist auch keine Trendwende prognostizierbar, da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nicht gedeckt werden kann. Auch politische Entscheidungen (z.B. „Mietpreisbremse“) haben bisher keine Auswirkungen auf den Mangel an Wohnraum bewirkt.</p> <p>Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Die dem LEP MR zu Grunde liegenden Statistiken sind neu zu erstellen. Hierbei sind im Besonderen die Daten der Meldeämter von Kommunen am Rande des Berliner Umlandes neu zu bewerten, da sich eindeutige Entwicklungstrends abzeichnen, die der Darstellung im LEP HR widersprechen. Auf Grund dieser Abweichungen werden im LEP HR falsche Schlüsse für die Gemeinde Borkheide gezogen, die die Potenziale der Gemeinden unterdrücken.</p>		<p>durchgeführte Zensus hat eine neue Basis für die amtliche Fortschreibung geschaffen. Da aber beim Zensus 2011 aus datenschutzrechtlichen Gründen eine Anpassung des Melderegisters nicht möglich war, weichen nach dieser Neujustierung kommunale Zahlen und amtliche Zahlen weiterhin voneinander ab. Im Planentwurf wurden ausschließlich die amtlichen Bevölkerungsdaten verwendet, da nur diese zweckmäßig validiert sind und sich auch nur diese im Zugriff des Plangebers befinden. Vor dem Hintergrund der vielfältigen methodischen Divergenzen zur Frage geeigneter Einwohnerdaten, der Frage der Treffsicherheit der Prognostik und der nicht gegebenen Erforderlichkeit einer Vertiefung des Themas für die Ermittlung raumordnerischer Standorteignungen durch die Landesplanung wurde im 2. Entwurf des LEP HR auf eine konkrete Darstellung der Bevölkerungssituation und von Daten aus den Bevölkerungsvorausschätzungen verzichtet. Aus diesen Gründen wurden Bevölkerungsvorausschätzungen auch nicht als Kriterium für die Zuordnung der Gemeinden zu den Strukturräumen, für die Ermittlung zentralörtlicher Funktionen oder die Herleitung der Steuerungsansätze zur Wohnsiedlungsentwicklung herangezogen.</p>	

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b>			
Die Trennung von Landesentwicklungsplanung und Verkehrsplanungen, hier die Mobilitätsstrategie 2030 sowie der Landesnahverkehrsplan, schließen eine wirksame, bedarfsgerechte Entwicklung des Landes Brandenburg aus. Im Entwurf des Landesnahverkehrsplans (Stand 20. Oktober 2017) wird Bezug auf den (voraussichtlich) in 2019 in Kraft tretenden LEP genommen. Wohingegen der Landesentwicklungsplan lediglich angibt, dass er von allen Ressorts der Landesregierungen getragen wird. Der LEP HR muss bindende Vorgaben für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) enthalten, um das landesweit vorgesehene Ziel der Verringerung der Verkehrsströme zu erreichen.	II.12 Raumordnung und Fachpolitiken	Die im Eingangskapitel vorgesehene Beschreibung der Wirkmechanismen und der kompetenziellen Gestaltungsansätze wie auch der Grenzen der Raumordnungsplanung ist erforderlich, um eine rechtlich-systematisch zutreffende Einordnung des Landesraumordnungsplanes zu ermöglichen. Während ein Raumordnungsplan überörtliche und insbesondere überfachliche Festlegungen trifft, obliegt es den Fachplanungen in den beiden Bundesländern, in ihrem jeweiligen Kompetenzbereich die konkreten Maßnahmen auszugestalten. Die angeregte Forderung einer Allzuständigkeit eines Raumordnungsplanes würde den Blick auf die institutionellen, rechtlichen, finanziellen Verantwortlichkeiten der jeweils zuständigen Fachplanungen verstellen und auch dem Erfordernis der parlamentarischen Kontrolle bei der Ausgestaltung von Planungen und Finanzierungen keine ausreichende Beachtung verschaffen.	nein
<b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b>			
Im Gesamtüberblick fehlt es der Landesentwicklungsplanung an einem Analyseteil, der eine Einschätzung der Wirksamkeit der landesplanerischen Vorgaben ermöglicht. Weder wurde im Planansatz dargelegt, ob durch den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP BB) aus Sicht der Landesplanung positive Entwicklungsimpulse vorhanden sind oder ob die Einschränkungen durch den LEP B-B - wie zu vermuten ist - zu weiteren negativen Entwicklungen führten. Die in der Planung dargelegten Ziele, wie die Verringerung des Flächenverbrauchs und die Schaffung gleichmäßiger sowie tragfähiger Versorgungsstrukturen,	II.13 Weitere Anregungen zum Themenfeld Rahmenbedingungen	Der Landesentwicklungsplanung fehlt es nicht an einem Analyseteil, der eine Einschätzung der Wirksamkeit der landesplanerischen Vorgaben ermöglicht. Vor Erarbeitung des Entwurfes des LEP HR wurde evaluiert, ob durch den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) positive Entwicklungsimpulse vorhanden waren oder ob die Festlegungen des LEP B-B zu negativen Entwicklungen führten. Die im LEP HR dargelegten Ziele wie die Verringerung des Flächenverbrauchs und die Schaffung gleichmäßiger sowie tragfähiger Versorgungsstrukturen werden zu gegebener Zeit ebenfalls evaluiert werden, um den Bedarf für eine	nein

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
können nicht belegt werden.		eventuelle Fortentwicklung des raumordenrischen Instrumentariums zu ermitteln.	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>In der Begründung zu 1.1 werden die Indikatoren benannt, die eine Einstufung für das Berliner Umland bewirken. Als Kriterien werden unter anderem die Erreichbarkeit von Berlin und Potsdam (Luftlinie), Pendlerbewegungen, Wanderungssaldo sowie die siedlungsstrukturelle Entwicklungsfunktion (hauptsächlich bei zentralörtlicher Funktion) und die Erreichbarkeit des S-Bahn-Rings von Berlin bzw. des Hauptbahnhofes Potsdam angeführt. Die Gemeinde Borkheide weist viele dieser Indikatoren auf und ist dennoch nicht dem Berliner Umland zugeordnet. Entgegen der Prognosen des Amtes für Statistik ist der Bevölkerungsrückgang nicht eingetreten. Es ist eine Stabilisierung und ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Dies ist grundsätzlich nachvollziehbar, da bezahlbarer Wohnraum innerhalb von Berlin und Potsdam nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist und die verkehrstechnische Anbindung von Borkheide für Pendler sehr günstig ist. Das Interesse an der Gemeinde Borkheide spiegelt sich auch in der Bautätigkeit wieder. Seit 2003 wurden im Gemeindegebiet Borkheide 159 Baugenehmigungen für den Neubau von Ein- oder Zweifamilienhäusern erteilt. Abgelehnt bzw. von den Antragstellern zurückgezogen wurden hingegen nur 23 Anträge im selben Zeitraum. Zusätzlich wurden 49 Anträge auf Umnutzung von Wochenendhäusern und Erweiterung von vorhandenen Wohngebäuden um weiteren Wohnraum genehmigt. Eine detaillierte Aufstellung ist der Anlage „Bauanträge 2003-2017“ zu entnehmen. Die Gemeinde Borkheide weist ein positives Wanderungssaldo gegenüber Berlin und dem Berliner</p>	III.1.1.2 Strukturraum Berliner Umland (BU)	<p>Die Strukturräume lassen sich mit Hilfe von Indikatoren der Regionalstatistik abgrenzen, um damit eine Zuordnung hinsichtlich des jeweiligen räumlichen Ordnungs- und Entwicklungsbedarfes treffen zu können. Mit der gewählten Methodik wird unter Einbeziehung wesentlicher Kennwerte (Daten und Indikatoren) zu Entwicklung, Dichte, Verflechtungsintensität, Lage, Distanz und Erschließung eine zweckmäßige und nachvollziehbare räumliche Zuordnung festgelegt. Zur Darstellung und Messung von Lage und Distanz stellt die Verwendung der Luftliniendistanz eine verkehrsträger- und verkehrswegeunabhängige Abstraktion dar. Die in der Analytik zu den Strukturräumen aufgenommene SPNV-Anbindungsqualität übernimmt ganz konkret die Entfernungsmessung im Liniennetz, wie sie auch in der Herleitung der auf die SPNV-Achsen orientierten Gestaltungsraumkulisse Siedlung verwendet wird. Die zeitliche Erreichbarkeit wäre kein objektiver Indikator, da diese je nach (Änderung von) Ausbaustandards, Bedienung etc. kurzfristigen Schwankungen unterworfen sein könnte und daher ungeeignet ist. Sämtliche Gemeinden des Amtes Brück weisen Luftliniendistanzen von mindestens 49 km zu Berlin Alexanderplatz bzw. von über 20 km ggü. Potsdam auf. Somit sind erhebliche Pendeldistanzen gegeben. In den vergangenen Jahren stagniert in teilträumlicher Auflösung die Entwicklung der Pendlerdistanzen insgesamt in Brandenburg (vgl. BBSR-Analysen Kompakt, Verkehrsbild Deutschland 2015; in Ergänzung zur zitierten Quelle der BE), was wesentlich auch mit der Verbesserung der Erwerbssituation im Weiteren Metropolenraum zusammenhängt. Die angeführte Studie</p>	nein

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Umland auf (siehe Seite 3 der Stellungnahme). Ebenfalls besteht eine positive Bevölkerungsentwicklung. Die Erreichbarkeit Berlins ist vom Bahnhof der Gemeinde Borkheide innerhalb von 29 Minuten (Wannsee) sichergestellt, der Hauptbahnhof Berlin ist innerhalb von 47 Minuten zu erreichen. Der Hauptbahnhof in Potsdam kann in 40 Minuten (über den Bahnhof Potsdam-Rehbrücke) erreicht werden. Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegt, dass die durchschnittliche Pendlerdistanz seit 2000 zunimmt. Diese Studie gibt Aufschluss über die Gründe für die Verlängerung der Pendlerstrecken, beispielsweise werden junge Familien angeführt, die sich aktiv für Wohnorte außerhalb der Beschäftigungszentren entscheiden. Wie bereits durch die Geburtenstatistik dargelegt wurde, ist auch Borkheide ein Ziel für junge Familien. Weitergehend wird auch der Anstieg der Mieten (besonders in den Großstädten) thematisiert, durch den Menschen in den angrenzenden Raum verdrängt werden. Insgesamt lässt sich ein gradueller Anstieg der Pendlerdistanzen feststellen. Im Besonderen ist die Gruppe der Menschen, die weiter als 20 km pendeln, angestiegen. Borkheide ist bereits jetzt ein attraktiver Wohnstandort für Pendler und übernimmt damit Entlastungsfunktionen. Die Landesentwicklungsplanung muss die Gemeinde Borkheide mit ihrer Funktion anerkennen und entsprechend in der Entwicklung fördern und nicht behindern. Diese Studie zeigt auch Probleme des „Lage-Distanz-Parameters“, der als wichtige Grundlage für die Einstufung einer Gemeinde zu einem Strukturraum dient, auf. Aus dem LEP sowie den zweckdienlichen Unterlagen geht nicht hervor, wie sich die Distanzen (25 km bis zum S-Bahn-Ring Berlin, 15 km bis zum HBF Potsdam) ergeben. Offensichtlich nehmen mehr Menschen längere Pendlerdistanzen in Kauf, dies wird durch den „Lage-Distanz-Parameter“ nicht berücksichtigt. Der Parameter</p>		<p>geht zudem davon aus, dass in den Räumen, die in der Vergangenheit meist überdurchschnittliche Pendeldistanzen von mehr als 30 km aufwiesen, eine weitere Zunahme der Pendeldistanzen offensichtlich an ihre Grenzen stößt. Es besteht dabei gemäß dieser Trendfeststellung ein Nebeneinander von Zunahme und Abnahme der Pendeldistanzen. Dies ist raumwissenschaftlich grundsätzlich zu begrüßen, da damit diesbezügliche Verkehrsaufwendungen mit durchaus beträchtlichen infrastrukturellen und sonstigen Wirkungen nicht mehr zunehmen. Vorhandene Wohninteressen wären weder ein sinnvolles, noch objektives Kriterium, zumal eine passgenaue räumliche Steuerung unabdingbare Voraussetzung dafür ist, um im gesamten Planungsraum langfristig Entwicklungsmöglichkeiten zu bewahren bzw. zu schaffen. Die Steuerung bestimmter Entwicklungen, wie z.B. der Wohnsiedlungsentwicklung, ist aus überörtlichem Interesse geboten. Ausdrücklich wird im LEP HR - Entwurf durch den Grundsatz 5.8 die Wohnsiedlungsentwicklung von Städten in der zweiten Reihe (Ober- und Mittelzentren des Weiteren Metropolenraums mit SPNV-Zeitaufwand bis 60 min) unterstützt, damit sie an der Wachstumsdynamik in Berlin und Umland teilhaben und diese raumverträglich bündeln. Eine unzulässige Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten anderer Gemeinden ist dabei nicht zu erkennen. Es wurde anhand der letztverfügbaren Daten eine Überprüfung durchgeführt, die im Ergebnis keine Veränderungen bei der Abgrenzung der Strukturräume ergab. Von Borkheide werden dabei 3,5 Punkte erzielt.</p>	

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>muss der tatsächlichen Entwicklung angepasst und die darauf basierenden Berechnungen aktualisiert werden. Weiterhin weist die Gemeinde Borkheide zentralörtliche Funktionen auf, ist allerdings nicht als Zentraler Ort klassifiziert. Die zentralörtlichen Funktionen werden in der Stellungnahme zum Ziel 3.1 des LEP HR dargestellt. Im Rahmen der Pendlerbewegungen ist beispielsweise zu berücksichtigen, dass der Großteil der Lehrkräfte der Hans-Gerade-Grundschule nach Borkheide pendelt. Die Herkunft und Bedeutung des „Lage-Distanz-Parameters“ ist in der Begründung zum LEP detailliert zu erläutern. Es erscheint jedoch notwendig, diesen Parameter durch einen anderen zu ersetzen. Im Hinblick auf die längeren Pendlerstrecken scheint ein Zeit-Parameter sinnvoller (Erreichbarkeit Berlins und Potsdams in Minuten). Hierbei können die Daten der zitierten Studie als Grundlage dienen und eine durchschnittliche Dauer des Pendeins ermittelt werden.</p> <p>Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Die Gemeinde Borkheide ist auf Grund ihrer verkehrstechnischen Lage sowie dem vorhandenen Wohninteresse für Berlin und das bisherige Umland in den Strukturraum „Berliner Umland“ aufzunehmen.</p>			
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Im Grundsatz wird die Ausrichtung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion (LEP HR) auf Berlin und ein stark vereinfacht dargestelltes Berliner Umland dem Bundesland Brandenburg nicht gerecht. Sämtliche sich aus dem LEP HR ergebenden Einschränkungen beziehen sich auf den Weiteren Metropolitanraum (WMR), die vom Plangeber gewünschten tragfähigen Siedlungsstrukturen sind dadurch im WMR nicht zu erreichen. Der zweite Entwurf des LEP HR teilt die Bundesländer Berlin und Brandenburg in drei verschiedene Strukturräume; Berlin, das</p>	<p>III.1.1.3 Strukturraum Weiterer Metropolitanraum (WMR)</p>	<p>Die Hauptstadtregion umfasst – entsprechend LEPro §1 (1) – das Gesamtgebiet der Länder Berlin und Brandenburg. Der Entwurf trifft Festlegungen für den Gesamttraum der Hauptstadtregion. Durch die Festlegung von Strukturräumen ist beabsichtigt, Räume entsprechend ihres unterschiedlichen raumordnerischen Steuerungsbedarfes abzugrenzen. Die Hauptstadtregion weist hinsichtlich ihrer Raumstruktur verschiedene Teilräume auf, deren räumliche Strukturen unterschiedlich geordnet und entwickelt werden sollen. Hierfür wurde die gesamte Hauptstadtregion betrachtet und</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Berliner Umland sowie den Weiteren Metropolenraum zu dem auch die Gemeinde Borkheide gehört. Im LEP wird zwar festgestellt, dass Berlin und Brandenburg nicht homogen zu betrachten sind, gleichzeitig stellt er jedoch 90 % des Bundeslandes Brandenburg als gleich zu betrachtend durch die Einstufung als WMR dar. Hierbei werden historische Entwicklungen und Funktionen der Gemeinden und Städte unberücksichtigt gelassen. Eine differenzierte Darstellung des betroffenen Raumes ist im Rahmen der Landesentwicklungsplanung allerdings zwingende Grundlage, um das Land Brandenburg entwickeln zu können.</p> <p>Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Der WMR ist weiter zu unterteilen. Hierbei ist im Besonderen auf die tatsächliche Ausrichtung der Gemeinde Rücksicht zu nehmen. Die grundsätzliche Darstellung, dass alle Gemeinden und Städte innerhalb des Bundeslandes Brandenburg auf Berlin ausgerichtet sind, ist differenzierter zu betrachten. Die Gemeinden müssen zusätzlichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten, wenn sie Berlin bzw. das Berliner Umland entlasten oder auch wenn sie Entlastungsfunktionen für die Ober- und Mittelzentren aufweisen.</p>		<p>analysiert und entsprechende Handlungs- und Steuerungsansätze in den nachfolgenden Kapiteln festgelegt. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Räume in sich homogen sind. Die funktionale und qualitative Vielfalt der Räume ist für das mit der Festlegung verfolgte Ziel nicht relevant. Es ist kein raumordnerischer Steuerungsbedarf erkennbar, der zu der Notwendigkeit der Abgrenzung weiterer Strukturräume führen würde. Die in diesem Zusammenhang vorgebrachten Anregungen bleiben in dieser Hinsicht unkonkret. Dass sich aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung in Berlin und im Berliner Umland, die zunehmend zu Raumnutzungskonflikten führt, ein erhöhter raumordnerischer Handlungs- und Steuerungsbedarf ergibt, konnte im Ergebnis der Strukturraumanalyse festgestellt werden. Eine fehlende inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Weiteren Metropolenraum kann im Umkehrschluss nicht abgeleitet werden. So geht es – wie in der Begründung dargelegt - im Weiteren Metropolenraum vor allem darum, die Zentralen Orte als Rückgrat einer polyzentrischen Raum- und Siedlungsstruktur zu stärken, die für die Sicherung und Entwicklung des Gesamtgebietes von zentraler Bedeutung ist. Dies geschieht durch entsprechende Festlegungen wie die Konzentration des großflächigen Einzelhandels in Zentralen Orten (III 2.6) sowie die Festlegung der Schwerpunkte für die Entwicklung der Wohnsiedlungsflächen (III 5.6 (2),(3)). Auch für die übrigen Gemeinden werden Festlegungen getroffen, die eine bedarfsgerechte Entwicklung ermöglichen. Um langfristige Entwicklungsmöglichkeiten zu bewahren bzw. zu schaffen, ist auch im Weiteren Metropolenraum die räumliche Steuerung eine unabdingbare Voraussetzung und aus überörtlichem Interesse geboten. Nur so kann eine dauerhafte Sicherung und Entwicklung des gesamten Strukturgebietes ermöglicht werden. Eine unzulässige Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten ist nicht zu erkennen. Die relevanten Gegebenheiten und Entwicklungen wie die</p>	

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>Orientierung einiger Landesteile Brandenburgs auf Metropolen/Ballungsräume in benachbarten Bundesländern oder Staaten werden im Rahmen der Landesplanung bereits berücksichtigt und die wichtigen Entwicklungsimpulse, die von der Zusammenarbeit mit anderen Metropolregionen wie beispielsweise Leipzig und Dresden für den Süden der Hauptstadtregion ausgehen, benannt. So sollen entsprechend §1 Absatz(4) LEPro 2007 die Voraussetzungen für grenzübergreifende Kooperationen verbessert werden. Des Weiteren sollen mit der Festlegung G 5.9 bei der Wohnsiedlungsflächenentwicklung in den Ober- und Mittelzentren des Weiteren Metropolraums auch Entwicklungsimpulse aus den benachbarten Metropolen einbezogen werden. Ergänzt wird dies durch Festlegungen zu den Vernetzungen der Hauptstadtregion in Europa (Z 7.1.). Ein darüber hinausgehender raumordnerischer Regelungsbedarf ist nicht zu erkennen.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Im Rahmen des LEP HR wird das Amtsgebiet Brück als eine Einheit bewertet. Auf dieser Ebene soll die Grundversorgung sichergestellt werden, zusätzlich werden alle (selbstständigen) Gemeinden des Amtes einem Mittelzentrum (Bad Belzig) und einem Strukturraum zugeordnet. In den statistischen Auswertungen zum Gestaltungsraum Siedlung und der Zuordnung zum Berliner Umland wird das Amt jedoch nicht als Gesamteinheit betrachtet, sondern jede Gemeinde einzeln. Durch diesen Bewertungsmaßstab werden die Mindesteinwohnerzahlen der Berechnungsgrundlage nicht erreicht und die Gemeinden von der Landesplanung nicht weiter berücksichtigt. Die Zuordnung der Gemeinde Borkheide zum Mittelzentrum Bad Belzig erfolgt aus der Gesamtbetrachtung des Amtsgebietes Brück, die verkehrstechnisch günstigere Lage des</p>	<p>III.1.1.4 Methodik und weitere Anregungen zum Themenfeld Hauptstadtregion</p>	<p>Mit der Festlegung von Strukturräumen ist beabsichtigt, Räume entsprechend ihres unterschiedlichen raumordnerischen Steuerungsbedarfes abzugrenzen. Die Strukturräume lassen sich mit Hilfe von Indikatoren der Regionalstatistik hinsichtlich ihres räumlichen Ordnungs- und Entwicklungsbedarfes abgrenzen. Mit der gewählten Methodik wird unter Einbeziehung wesentlicher Kennwerte (Daten und Indikatoren) zu Entwicklung, Dichte, Verflechtungsintensität, Lage, Distanz und Erschließung eine zweckmäßige und nachvollziehbare räumliche Zuordnung festgelegt. Bei der Abgrenzung der Strukturräume findet das vom Stellungnehmenden aufgerufene Kriterium der Mindesteinwohnerzahl keine Anwendung. Den regionalstatistischen Raumbezug bilden die Gemeinden, nicht die Ämter, die alle untersucht wurden. Es wurde</p>	<p>nein</p>



## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
Mittelzentrums in Funktionsteilung Beelitz wird nicht betrachtet.		anhand der letztverfügbaren Daten erneut eine Überprüfung durchgeführt, die im Ergebnis jedoch keine Veränderungen bei der Abgrenzung der Strukturräume ergab, weswegen die Gemeinde Borkheide weiterhin dem Weiteren Metropolenraum zugeordnet wird.	
<hr/>			
<b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b> Denkbar ist auch eine Aufweitung des Begriffes durch Trennung in eine „Netto-Verkaufsfläche“ und eine „Brutto-Verkaufsfläche“ um im Besonderen die Barrierefreiheit (bspw. breite Gänge) der Einzelhandelseinrichtungen nicht zu Lasten der Verkaufsfläche anzurechnen. Weiterhin ist auf Ebene der Landesplanung sicherzustellen, dass nicht großflächige Einrichtungen bei Bedarf in die Großflächigkeit erweitert werden können.	III.2.6 Konzentrationsgebot großflächiger Einzelhandels- einrichtungen	Die angesprochene Umgestaltung von Einzelhandelseinrichtungen hat dazu geführt, die Begrenzung der Verkaufsflächen für Nahversorger außerhalb Zentraler Orte von 800 m <sup>2</sup> auf 1500 m <sup>2</sup> anzuheben. Die Methodik zur Ermittlung der einschlägigen Verkaufsfläche folgt in beiden Bundesländern dem anerkannten Stand der Technik. Sie ist seit Jahren kommuniziert und in der Anwendung auch nicht umstritten. Insoweit bestehen keine Zweifel hinsichtlich dessen, was Brutto- und was Netto-Verkaufsflächen sind. Die Regelungen der Baunutzungsverordnung beziehen sich in ihrer praktischen Anwendung ebenfalls auf die Nettoverkaufsflächen, so dass es keinen Anlass gibt, in dieser Hinsicht Modifikationen in der Adressierung vorzunehmen.	nein
<hr/>			
<b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b> Dem Ziel 2.6 des LEP HR entsprechend sind großflächige Einzelhandelseinrichtungen nur in Zentralen Orten zulässig. In der Begründung wird auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. November 2005 (BVerwG 4 C 10.04) verwiesen, nachdem jeder Einzelhandelsbetrieb ab 800 m <sup>2</sup> Verkaufsfläche als großflächig einzustufen ist. In der Begründung wird festgestellt, dass sich der Einzelhandel auf großflächige Formen konzentriert. In Anbetracht des Zieles 2.6 bedeutet dies, dass die Ansiedlung von Einzelhandelseinrichtungen in nicht Zentralen Orten	III.2.6 Konzentrationsgebot großflächiger Einzelhandels- einrichtungen	Die angesprochene Umgestaltung von Einzelhandelseinrichtungen hat dazu geführt, die Begrenzung der Verkaufsflächen für Nahversorger außerhalb Zentraler Orte von 800 m <sup>2</sup> auf 1500 m <sup>2</sup> anzuheben. Eine flächendeckende Nahversorgung im Bereich des Einzelhandels ist wünschenswert und kann in der Regel mit Vorhaben unterhalb der Grenze der Großflächigkeit (800 m <sup>2</sup> Verkaufsfläche) erfolgen. Die Entwicklung von nicht großflächigen Einzelhandelseinrichtungen unterliegt regelmäßig nicht der raumordnerischen Steuerung. Bei	nein

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>ausgeschlossen wird. Auf Grund der Interessen der Betreiberinnen und Betreiber sind Einrichtungen mit Verkaufsflächen unter 800 m<sup>2</sup> nicht mehr zu realisieren. Eine moderne Einzelhandelseinrichtung benötigt weit mehr als 800 m<sup>2</sup>, oft bis zu 1.500 m<sup>2</sup>. Auf dieser Fläche muss durch die Betreiberinnen und Betreiber ein ihrem Konzept entsprechendes Sortiment angeboten werden und gleichzeitig die Präsentation dessen durch niedrige Regale und breite Gänge verbessert werden. Dies ist allerdings nicht nur ein rein wirtschaftliches Interesse, sondern dient ebenso den Kundinnen und Kunden. Diese sind an ein breites Sortiment gewöhnt und stellen dieses bereits als Anforderung an eine Einzelhandelseinrichtung. Zusätzlich wird durch die niedrigeren Regale und breiten Gänge eine Barrierefreiheit sichergestellt, die auch im Hinblick auf den prognostizierten demografischen Wandel nicht unbeachtet gelassen werden darf. Die vom LEP HR dargestellte mögliche Ansiedlung von nicht großflächigen Einrichtungen ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht realisier- und steuerbar. Zusätzlich stehen die Ansprüche an das Sortiment durch Kundinnen und Kunden einer erfolgreichen Ansiedlung entgegen. Lediglich bereits vorhandene nicht großflächige Einzelhandelseinrichtungen, die nicht zu den Marktführern gehören, können aus der historischen Entwicklung am Markt Bestand haben. Die Landesplanung gibt zu bedenken, dass eine Steuerungsmöglichkeit für Einzelhandelseinrichtungen nicht besteht. Da eine Steuerungsmöglichkeit bereits auf Ebene der Bundesländer Berlin und Brandenburg nicht besteht, kann sie auf kommunaler Ebene (hier besonders im WMR) ebenfalls nicht vorhanden sein. Die Ansiedlung von neuen Einzelhandelseinrichtungen wird damit verhindert, dieses führt im weiteren Verlauf zu einer Gefährdung der Versorgung. Durch eine mangelhafte Versorgung wird die Region destabilisiert und eine tragfähige Siedlungsstruktur sowie Entlastungspotenziale</p>		<p>großflächigen Einzelhandelsbetrieben sind regelmäßig übergemeindlich relevante Auswirkungen im Zuge der Anpassung der kommunalen Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung zu prüfen. Aus raumstrukturellen und volkswirtschaftlichen Erwägungen ist es sinnvoll, die über die Nahversorgung hinausgehenden Einrichtungen, die nicht überall angeboten werden können, an gut erreichbaren zentralen Standorten zu bündeln. Belange, die den beabsichtigten Steuerungsintentionen und den dazu erforderlichen Regelungen entgegenstehen würden, wurden nicht vorgetragen. Offenbar werden die Risiken, welche sich aus einer ubiquitären Ansiedlung großflächigen Einzelhandels auf die Versorgungsstruktur insgesamt ergeben können, nicht gesehen. Ein Erfordernis für die Aufweichung des Konzentrationsgebotes ist weder generell erkennbar, noch drängt sich dies für den konkreten Einzelfall auf. Das raumordnerische Steuerungssystem stellt keinen unzulässigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar, sondern gewährleistet ein volkswirtschaftlich zweckmäßiges, ökologisch sinnvolles und siedlungsstrukturell ausgewogenes Ansiedlungskonzept für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung im Bereich des Einzelhandels. Der Bezug auf die Großflächigkeit der Einzelhandelseinrichtungen muss nicht aufgehoben werden. Auch in Nicht-Zentralen Orten können großflächige Einzelhandelseinrichtungen ohne "erschwerte" Bedingungen angesiedelt werden. Es wird ein sinnvoller Flächenrahmen zwischen 800 m<sup>2</sup> und 1.500 m<sup>2</sup> festgelegt, dabei sind die Ansprüche der Betreiberinnen und Betreiber sowie der Kundinnen und Kunden zu berücksichtigen.</p>	

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>für Berlin und das Berliner Umland werden verhindert. Für die Gemeinde Borkheide besteht derzeit durch die Filialen von Netto und EDEKA ein ausreichendes Grundversorgungsangebot. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass auch die Gemeinde Borkwalde über diese Einrichtungen versorgt wird. Die jetzige noch gesicherte Versorgung wird allerdings spätestens bei der reinen Innenentwicklung der Gemeinde Borkheide in Frage gestellt. Eine weitere Einzelhandelseinrichtung unterhalb der Großflächigkeit wird in der Gemeinde nicht anzusiedeln sein. Sofern auch die Gemeinde Borkwalde alle Innenentwicklungspotenziale erschließt, ist eine Grundversorgung ohne großflächige Einrichtungen nicht mehr sicherzustellen. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Der Bezug auf die Großflächigkeit der Einzelhandelseinrichtungen ist aufzuheben. Auch in nicht Zentralen Orten müssen großflächige Einzelhandelseinrichtungen ohne erschwerte Bedingungen angesiedelt werden können. Es ist ein sinnvoller Flächenrahmen zwischen 800 m2 und 1.500 m2 festzulegen, dabei sind die Ansprüche der Betreiberinnen und Betreiber sowie der Kundinnen und Kunden zu berücksichtigen.</p>			
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Auch im Rahmen von Bestandseinrichtungen im Sinne des Z 2.10 darf die Vergrößerung nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein. Bereits am Markt etablierte Einrichtungen benötigen Entwicklungsmöglichkeiten, um im Rahmen des modernen Einzelhandels auf Kundenwünsche und Betreiberkonzepte zu reagieren. Hierbei ist es logischerweise auszuschließen, dass Einrichtungen im Sinne des Z. 2.9 entstehen.</p> <p>Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Ähnlich der zusätzlichen Entwicklungsoption für die Siedlungsentwicklung in Kommunen</p>	<p>III.2.10 Umgang mit Bestandssituationen</p>	<p>Mit der vorgesehenen Festlegung ist beabsichtigt, negative Auswirkungen der Weiterentwicklung vorhandener großflächiger Einzelhandelseinrichtungen zu vermeiden, die aufgrund ihres raumunverträglichen Standortes zwar bestandsgeschützt sind, dadurch aber eine Bevorteilung gegenüber den Entwicklungsbedingungen in Anspruch nehmen wollen, die für Neuansiedlungen gelten würden. Insbesondere in den 1990er Jahren ist es in einzelnen Kommunen zu Ansiedlungsentscheidungen für großflächige Einzelhandelseinrichtungen gekommen, die v.a. durch</p>	<p>nein</p>

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>ist für großflächige Einzelhandelseinrichtungen (Bestand) eine Möglichkeit der Vergrößerung für einen bestimmten Zeitraum vorzusehen.</p>		<p>verfügbare Flächen und verkehrsstrategisch lagegünstige Standorte gekennzeichnet, aber nicht an der Siedlungs- und Versorgungsstruktur orientiert waren. Diese konnten durch das seinerzeit erst im Aufbau befindliche raumordnerische Steuerungssystem noch nicht raumstrukturverträglich eingeordnet werden. Solche großflächigen Einzelhandelseinrichtungen genießen in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung trotz ihres raumunverträglichen Standortes Bestandsschutz. Dieser beschränkt sich auf die vorhandene Verkaufsfläche und vorhandene Sortimentsstruktur. Aus der Existenz eines Betriebes an einem raumordnerisch unverträglichen Standort sind keine darüber hinaus gehenden Ansiedlungsprivilegien ableitbar, da diese für einen neuen Ansiedlungsinteressenten an eben solchem Standort nicht gegeben wären. Vor dem Hintergrund des Gleichbehandlungsgebotes bedarf es dieser Klarstellung.</p>	

**Gemeinde Borkheide - ID 356**

Die Bindung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen an Zentrale Versorgungsbereiche behindert die Ansiedlung von wirtschaftlich tragfähigen Versorgungseinrichtungen. Während es entsprechend Z. 4.7 des LEP B-B noch möglich war, großflächige Einzelhandelseinrichtungen in nicht Zentralen Orten zu errichten, wenn das Vorhaben überwiegend der Nahversorgung dient und der Standort in einem städtischen Kernbereich (im Sinne von G 4.8 LEP B-B) oder einem wohngebietsnahe Versorgungsbereich liegt, ist diese Möglichkeit durch Z 2.12 LEP HR durch Konzentration auf einen Zentralen Versorgungsbereich deutlich eingeschränkt. Zusätzlich wird die maximal zulässige Verkaufsfläche von 2.500 m<sup>2</sup> auf 1.500 m<sup>2</sup> reduziert. Wie bereits in der Stellungnahme zu Z 2.6 dargelegt, sind die wirtschaftlichen

III.2.12.1  
Großflächige Einzelhandelseinrichtungen zur Nahversorgungssicherung außerhalb Zentraler Orte

Vor dem Hintergrund der durch bisherige Gemeindegebietsreformen regelmäßig erfolgten räumlichen Ausdehnung der Gemeinden ist beabsichtigt, die Zuordnung entsprechender Vorhaben auch innerhalb des jeweiligen Gemeindegebiets siedlungsstrukturell zweckmäßig einzuordnen. Entscheidend ist, dass der Versorgungsbereich nach Lage, Art und Zweckbestimmung eine für die Versorgung der Bevölkerung in einem bestimmten Einzugsbereich zentrale Funktion hat. Hierbei ist das Wort „zentral“ nicht geografisch im Sinne einer Innenstadtlage oder Ortsmitte, sondern funktional zu verstehen. Auch wenn insbesondere größere Gemeinden das Erfordernis der Identifizierung regelmäßig durch kommunale Einzelhandelskonzepte umsetzen und zentrale Versorgungsbereiche als Eignungsstandorte insbesondere auch für den großflächigen

nein

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Interessen sowie die Interessen der Kunden nicht mit Ansiedlung von Einzelhandelseinrichtungen unter der Großflächigkeit vereinbar. Auch kann durch den LEP HR nicht geklärt werden, wie die Ansiedlung der „alternativen, bürgerschaftlich-gemeinwohlorientierter“ Märkte in einem wirtschaftlich verträglichen Rahmen zu realisieren ist. Die Einschränkung auf Zentrale Versorgungsbereiche stellt Borkheide vor weitere Probleme. Da innerhalb des Amtsgebietes nur ein Zentraler Versorgungsbereich festgelegt werden kann, ist davon auszugehen, dass dieser der Stadt Brück zuzuordnen ist. Für Borkheide wäre dann nur die Festsetzung eines Nahversorgungsbereiches möglich und die Ansiedlung einer großflächigen Einzelhandelseinrichtung ausgeschlossen. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: In Verbindung mit der Zulässigkeit von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen (siehe Stellungnahme zu Z 2.6) sollte eine darüber hinausgehende Möglichkeit der Verkaufsflächenenerweiterung bis 2.500 m<sup>2</sup> in nicht Zentralen Orten möglich sein. Hierbei können die Bedingungen „Zentraler Versorgungsbereich“ sowie die „Nahversorgung“ beibehalten werden. Sofern einer Änderung des Z 2.6 nicht wie oben gefordert erfolgt, sind die Anforderungen des Z 2.12 an den Bedarf der Bevölkerung anzupassen und die Beschränkungen für großflächige Einrichtungen bis 1.500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche aufzuheben.</p>		<p>Einzelhandel mit zentrenrelevanten Sortimenten definieren, ist eine solche konzeptionelle Festlegung keine zwingende Voraussetzung zur Anwendung der Festlegung. Zentrale Versorgungsbereiche sind nach der Rechtsprechung des BVerwG räumlich abgrenzbare Bereiche, denen aufgrund vorhandener Einzelhandelsnutzungen – häufig ergänzt durch diverse Dienstleistungen und gastronomische Angebote – eine Versorgungsfunktion über den unmittelbaren Nahbereich hinaus zukommt. Ein zentraler Versorgungsbereich setzt eine integrierte Lage voraus. Tatsächliche zentrale Versorgungsbereiche lassen sich regelmäßig bei hinreichend eindeutigen örtlichen Verhältnissen feststellen. Insoweit hat die planende Kommune hier qualifizierte Beurteilungsmöglichkeiten. Planerische Festlegungen zentraler Versorgungsbereiche sind unter zwei Aspekten von besonderer praktischer Relevanz: Zum einen können durch planerische Festlegungen bereits bestehende tatsächliche zentrale Versorgungsbereiche präzisiert werden, namentlich hinsichtlich ihrer exakten räumlichen Abgrenzung sowie hinsichtlich ihrer konkreten Versorgungsfunktion. Zum anderen bedarf es planerischer Festlegungen insbesondere dann, wenn es — etwa gestützt auf § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB — um die erstmalige oder weitere Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche geht. So kann nach § 9 Abs. 2 a BauGB ein einfacher Bebauungsplan im nicht beplanten Innenbereich auch zum Schutz erst noch zu entwickelnder zentraler Versorgungsbereiche erlassen werden. Sonstige Bebauungspläne zur Steuerung von Einzelhandelsnutzungen können gleichfalls zulässigerweise darauf abzielen, zentrale Versorgungsbereiche zu entwickeln bzw. in ihrer Attraktivität zu steigern. Was der Entwicklung solcher Versorgungsbereiche dient, lässt sich den vorhandenen Gegebenheiten jedoch regelmäßig nicht entnehmen, weil es insoweit um planerische Zielvorstellungen geht. Vor dem Hintergrund der Entwicklung von zahlreichen städtebaulich nicht</p>	

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>integrierten großflächigen Einzelhandelsvorhaben in Teilen der Hauptstadtregion bedarf es der Instrumentierung der Festlegung als letztabgewogenes Ziel der Raumordnung. Belange, die den beabsichtigten Steuerungsintentionen und dazu erforderlichen Regelungen entgegenstehen würden, sind nicht erkennbar. Durch den LEP HR kann nicht geklärt werden, wie die Ansiedlung der „alternativen, bürgerschaftlich-gemeinwohlorientierter“ Märkte in einem wirtschaftlich verträglichen Rahmen zu realisieren ist, zumal diese regelmäßig unterhalb der Großflächigkeit bleiben. Auch im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ist deutlich geworden, dass zur Absicherung der Nahversorgung regelmäßig kleinflächige, im Einzelfall aber auch großflächige Einzelhandelsvorhaben ab 800 m<sup>2</sup> und bis zu 1500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche geeignet sind, um den wachsenden Bedarf nach qualitativ differenzierten Nahversorgungsangeboten zu sichern. Mit der quantitativen Begrenzung auf max. 1500 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, deren Erfordernis sich im Ergebnis der Auslegung zum 1. Entwurf des LEP HR gezeigt hat, wird zugleich sichergestellt, eine Gefährdung der Versorgungsstrukturen in den Zentralen Orten auszuschließen. Nur bei sehr einwohner- und kaufkraftstarken Gemeinden kann es im Einzelfall verträglich sein, großflächige Einzelhandelsvorhaben zur Sicherung der Nahversorgung unter Beachtung der gemeindlichen Kaufkraftsituation ggf. auch größer zu dimensionieren, ohne dass dies zu einer Störung der Versorgungsfunktionen in benachbarten Gemeinden führt. Hierzu sieht der Steuerungsansatz adäquate Spielräume vor.</p>	

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Die bereits im LEP B-B vollzogene Abkehr vom System der Zentralen Orte mit der Einteilung in Grund-, Mittel- und Oberzentren wird durch den zweiten Entwurf des LEP HR aufrecht erhalten und stellt weiterhin einen unzulässigen Rückzug aus der Grundversorgung dar. Diese Abkehr ist bundesweit einmalig und für das Flächenland Brandenburg nicht nachvollziehbar. Zwar stellt sich die gemeinsame Planung zweier Bundesländer ebenfalls als einmalig in Deutschland dar, dennoch liegen vergleichbare Gegebenheiten in anderen Bundesländern vor. Der Landesentwicklungsplan Bayern nutzt das gängige System der Grund-, Mittel- und Oberzentren und stuft München als Oberzentrum ein. München ist wie Berlin als kulturelle, soziale und wirtschaftliche Metropole anzusehen, einen gesonderten Status bedarf es für diese jedoch nicht. Im LEP Niedersachsen wird auf den Verflechtungsraum mit Bremen als besonderes Standortmerkmal hingewiesen, dennoch erfolgt eine Einteilung innerhalb des Bundeslandes über das bewährte System. Der Plangeber unterliegt einer Planungspflicht, deren Gegenstand und Umfang, insbesondere aus den § 7 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 1 Abs. 2 ROG folgt. So ist bei der Erfüllung der Aufgabe, den Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume durch zusammenfassende, überörtliche und fachübergreifende Raumordnungspläne zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern nach § 1 Abs. 1 ROG, entsprechend der in § 1 Abs. 2 ROG statuierten Leitvorstellung eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Teilräumen führt, einzuhalten. Diese Leitvorstellung wird konkretisiert durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, wonach die Versorgung mit Dienstleistungen und</p>	<p>III.3.1 Konzentration Daseinsvorsorge und Funktionsbestimmung zentralörtlicher Gliederung</p>	<p>Im Land Brandenburg wurden in den 1990er Jahren auf Grundlage des LEP I Brandenburg durch die Regionalplanung rd. 120 der damals etwa 1500 Gemeinden als Zentren der Nahbereichsstufe prädikatisiert, für die jeweils ein übergemeindlicher Verflechtungsbereich darstellbar war. Bis zum Jahr 2003 wurde im Land Brandenburg eine Verwaltungsstrukturreform durchgeführt, deren Maßgabe es war, die vormaligen Nahbereiche als räumliche Bezugskulisse für die Bildung neuer Verwaltungsstrukturen (amtsfreie Gemeinde oder Ämter) zu nutzen. Im Ergebnis entstanden die 200 Hauptverwaltungsbereiche, aktuell 146 amtsfreie Gemeinden und 54 Ämter. Vor diesem Hintergrund haben die vormaligen regionalplanerisch festgelegten Nahbereichszentren im Zuge der Verwaltungsstrukturreform verwaltungstechnisch regelmäßig einen vormals gemeindeübergreifenden Bezugsraum internalisiert. Im Jahr 2009 entfielen mit dem Inkrafttreten des LEP B-B die Ende der 1990er Jahre auf Grundlage eines anderen administrativen Bezugssystems regionalplanerisch festgelegten Nahbereichszentren, da der gesetzlich normierte übergemeindliche Verflechtungsbereich regelmäßig nicht mehr darstellbar war. Die vormals interkommunalen Verflechtungsbeziehungen haben sich insoweit bereits vor 15 Jahren regelmäßig in intrakommunale Beziehungen gewandelt. Auf diesen Sachverhalt wird durch die Stellungnehmende nicht eingegangen, so dass der Blick auf die systematische Herleitung des Zentrale-Orte-Systems verstellt bleibt. Die Frage einer raumordnerischen Prädikatisierung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Grundzentren setzt die Klärung des Verhältnisses zwischen dem Zentralen Ort und dem zu versorgendem Verflechtungsbereich voraus. Dieses kann je nach landesgesetzlicher Vorgabe eine übergemeindliche oder eine überörtliche Beziehung abbilden. In der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist der Systemansatz auf Grundlage des Landesentwicklungsprogrammes</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Infrastruktur der Daseinsvorsorge, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen zur Sicherung der Chancengerechtigkeit in allen Teilräumen in angemessener Weise gewährleistet werden muss. Dies gilt ausdrücklich auch in dünn besiedelten Räumen. Dieser Vorstellung wird der Rückzug der Landesplanung aus der Grundversorgung nicht gerecht. Hierbei sei erwähnt, dass auch die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) in ihrem Beschluss vom 9. März 2016 das System der Zentralen Orte mit den Stufen Grund-, Mittel- und Oberzentrum empfohlen haben. In der Begründung zum Z 3.1 des LEP HR wird ausgeführt, dass die Grundzentren regelmäßig die unterste Stufe des Zentrale-Orte-Systems darstellen und der Grundversorgung dienen. Eine schlüssige Begründung für die Abweichung von diesem System legt der LEP HR nicht vor. Ebenfalls ist die Herkunft der Ebene „Metropole“ nicht begründet. Die im Ziel 3.3 angebotenen „Grundfunktionalen Schwerpunkte“ können die Grundzentren nicht ersetzen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, aus welchem Grund die Landesplanung einen Bedarf für eine vierte (rechtlich abgeschwächte) Ebene im Entwicklungssystem für notwendig erachtet, wenn der Planansatz davon ausgeht, dass Mittelzentren als niedrigste Ebene ausreichende Versorgungsfunktionen erfüllen.</p> <p>Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Die Landesentwicklungsplanung ist dem bundesweit verwendeten System der Zentralen Orten anzupassen und auf Grund-, Mittel- und Oberzentren auszurichten.</p>		<p>2007 auf übergemeindliche Versorgungsbeziehungen ausgerichtet. Aufgrund des Ableitungsgebotes für Landesentwicklungspläne ist dieser Ansatz gesetzt. Tatsächlich nehmen die Gemeinden Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr, obwohl ihnen diese Aufgaben durch die Landesplanung nicht zugewiesen worden sind. Die Absicherung der Daseinsvorsorge vor Ort ist eine bereits verfassungsrechtlich vorgezeichnete Aufgabe aller Gemeinden und setzt keine Aufgabenzuweisung durch die Landesplanung voraus. Sie findet zur Klarstellung gleichwohl ihre Bestätigung in G 3.2 des Planentwurfes. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg adressiert daher auch keine Gemeinden mit einem Versorgungsauftrag für andere Gemeinden. Die Raumordnungsplanung soll und will in diese Konstellation nicht intervenieren. Die Raumordnungsplanung selbst hat bezüglich der Bereitstellung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge keinen Versorgungsauftrag. Insoweit ist auch das Bild vom "Rückzug der Landesplanung aus der Sicherung der Grundversorgung" unzutreffend. Der Plangeber in der Hauptstadtregion stellt sich seiner Planungspflicht: Mit dem vorgesehenen Zentrale-Orte-System ist die räumliche Bündelung gemeindeübergreifend wirkender Funktionen der Daseinsvorsorge beabsichtigt. Das aktuelle Landesentwicklungsprogramm Bayern nutzt das gängige System der Grund-, Mittel- und Oberzentren und stuft - entgegen der Behauptung der Stellungnehmenden - die Städte München, Nürnberg und Augsburg als Metropolen ein. München, Nürnberg und Augsburg sind wie Berlin als kulturelle, soziale und wirtschaftliche Metropolen der jeweiligen Regionen anzusehen - eines gesonderten Status bedarf es offenbar auch im Freistaat Bayern. Die Darstellung der zentralörtlichen Systems in Niedersachsen wird bestätigt; Analogien zur Hauptstadtregion drängen sich aber nicht auf, da die Verwaltungsgliederung in Niedersachsen anders ist als die im Land Brandenburg. Mit der Vielfalt</p>	



## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>der verwaltungsstrukturellen Ausgangssituationen und dem daraus resultierenden Planungshandeln in den deutschen Bundesländern konnte sich im Rahmen der EntschlieÙung der Ministerkonferenz für Raumordnung zum Zentrale-Orte-System und im Rahmen der Leitbilder der Raumentwicklung aus dem Jahr 2016 nicht detailliert auseinander gesetzt werden. Die Bundesländer entscheiden vor dem Hintergrund der genannten MKRO-Beschlüsse, die reinen Empfehlungscharakter haben und die von den Ländern Berlin und Brandenburg mitentwickelt und beschlossen worden sind, eigenständig über die konkrete Ausgestaltung, die Funktionszuordnung, die Funktionszuweisung und die Stufen ihres jeweiligen Zentrale-Orte-Systems, die Netzdichte und insbesondere auch über die Frage der Erforderlichkeit eines übergemeindlichen oder eines überörtlichen Funktionsüberhangs Zentraler Orte. Insoweit liegt im Planungshandeln in der Hauptstadtregion kein Widerspruch zu der genannten EntschlieÙung oder den Leitbildern vor, da die föderale Auslegung und länderspezifische Umsetzung der Empfehlungen ein wesentlicher Aspekt der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der angesprochenen Fachministerkonferenz ist. Hierzu sei erwähnt, dass auch die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) in ihrem Beschluss vom 9. März 2016 ein System der Zentralen Orte mit drei Stufen empfohlen hat, dabei aber bereits die Möglichkeit einer Differenzierung dieser Stufen in den Raumordnungsplänen der Länder thematisiert. Als Metropolen können im Einzelfall Oberzentren, deren funktionale Ausstattung eine deutliche internationale Bedeutung hat, bestimmt werden. Insoweit gibt es hier - anders als von der Stellungnehmenden behauptet - eine Herkunft der Ebene „Metropole“. Davon abgesehen wurde Berlin bereits in der Vorgängerplanung im Jahr 2009 als Metropole prädikatisiert, ohne dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Zweifel an der vorgesehenen Einstufung vorgetragen worden wären.</p>	

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>Insoweit erschließt sich der nun vorgetragene Anwurf nicht. Die vorgesehenen „Grundfunktionalen Schwerpunkte“ sollen - anders als die Stellungnehmende vorträgt - die Grundzentren nicht ersetzen, da diese keine Zentralen Orte im Sinne des Landesentwicklungsprogramms sein sollen und Grundzentren seit dem Jahr 2009 ohnehin nicht mehr existieren. Es ist kein Bedarf für eine vierte Ebene im System Zentraler Orte erkennbar, da Mittelzentren als niedrigste Ebene die übergemeindlich wirkenden Versorgungsfunktionen erfüllen. Die Absicherung der Grundversorgung obliegt hingegen den Gemeinden. Es besteht daher kein Erfordernis, die Landesentwicklungsplanung auf Grund-, Mittel- und Oberzentren neu auszurichten. Es wurden auch keine entgegenstehenden Belange vorgetragen, die im Ergebnis der Abwägung zu einer anderen Bewertung führen würden.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Durch die Änderung des zugrundeliegenden Systems der zentralen Orte sind die Gemeinden und Städte des Landes Brandenburg neu zu bewerten. Städte und Gemeinden, die zentralörtliche Funktionen wahrnehmen, sind als solche auf Ebene der Landesplanung auszuweisen. Die Gemeinde Borkheide erfüllt beispielweise folgende über die Grundversorgung hinausgehende Aufgaben, die eine Einstufung als Grundzentrum (siehe Empfehlung der MKRO) rechtfertigen. Der Schulstandort ist, deutlich erkennbar, auf Dauer gesichert und muss zur Bedarfsdeckung erweitert werden. Der Schulbezirk erstreckt sich nur auf die Gemeinde Borkheide, die Gemeinde Borkwalde, den Ortsteil Alt Bork der Gemeinde Linthe sowie den Ortsteil Neuendorf der Stadt Brück (mit Wahlmöglichkeit). Die Schule wird als verlässliche Halbtagsgrundschule mit integrierten Tagesbetreuungsangeboten</p>	<p>III.3.3.1 Prädikatisierung Grundfunktionale Schwerpunkte durch die Regionalplanung</p>	<p>Das mit dem Landesentwicklungsplan B-B von 2009 eingeführte System der dreistufigen Zentrale-Orte-Gliederung (Metropole, Oberzentrum, Mittelzentrum) wird im Landesentwicklungsplan HR beibehalten. Gegenstand des Planungsauftrages sind keine Grundzentren, sondern Grundfunktionale Schwerpunkten. Grundfunktionale Schwerpunkte sind keine Zentralen Orte, da sie keinen übergemeindlichen Versorgungsauftrag haben. Es ist nicht erkennbar, weshalb die raumordnerische Festlegung in der räumlich konkreteren Maßstabsebene nicht durch die kommunal verfassten Regionalen Planungsgemeinschaften in den Regionalplänen erfolgen sollte. Die Abschichtung zwischen den beiden Ebenen der Raumordnungsplanung erfolgt maßstabsbezogen. Aufgrund der Reorganisation der Verwaltungsstrukturen auf gemeindlicher Ebene werden im Landesentwicklungsplan für die Regionalplanung</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>geführt. Bei den Prognosen ist zu beachten, dass die Kapazitätsgrenze der Kindertagesstätte bei 100 Kindern liegt. Zur Sicherung des Bedarfes ist ein Neubau notwendig. Beispiele für die Bereitstellung von Sport- und Freizeiteinrichtungen: Durch den BSV 90 e.V. wird der kommunale Sportplatz verwaltet. Durch den Verein werden regelmäßige Sportveranstaltungen organisiert. Im kommunalen Waldbad (betreut durch den Naturbad Borkheide e.V.) finden neben dem regulären Badebetrieb auch Kulturveranstaltungen statt. Derzeit wird ein Mehrgenerationenspielfeld am Gemeindehaus errichtet. Das Familienzentrum bietet neben Kursen für die Familienbildung auch Tanz- und Sportkurse an. In Borkheide sind Ärzte folgender Fachrichtungen angesiedelt: Allgemeinmedizin, Zahnarzt, Logopädie und Physiotherapie. Durch die vorhandenen Lebensmitteldiscounter (Netto und EDEKA) wird die Versorgung für Borkheide und Borkwalde wahrgenommen. Unter anderem sind folgende Dienstleistungsangebote vorhanden: Gemeindehaus als Standort des mobilen Bürgerservice der Amtsverwaltung Brück, eine Postfiliale sowie ein Geldautomat der Sparkasse. Neben dem BSV 90 e.V. und dem Naturbad Borkheide e.V. sind unter anderem folgende weitere Vereine in Borkheide tätig: Verein zur Förderung der Grundschule Borkheide e.V., DLRG Ortsgruppe Borkheide e.V. Die Couragierten, dfb Basisgruppe Borkheide / Borkwalde, Bürgerinitiative Borkheide/Borkwalde „Im Gegenwind“. Verkehrsverknüpfung: Durch die Haltestelle des RE7 in Borkheide ist das Mittelzentrum Bad Belzig zu erreichen. Zusätzlich sind über die Gemeinde Borkheide (durch ÖPNV sowie SPNV) die weiterführenden Schulen in Brück, Beelitz, Michendorf, Wilhelmshorst und Potsdam zu erreichen. Arbeitsmarktschwerpunkt: Borkheide verfügt über ein Gewerbegebiet und einen hohen Anteil an aktivem Gewerbe im</p>		<p>nunmehr Ortsteile als geeignete Bezugskulisse für eine Festlegung als Grundfunktionaler Schwerpunkt adressiert. Das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm adressiert explizit Gemeinden als Träger zentralörtlicher Funktionen. Der Ansprache von Ortsteilen als Zentrale Orte steht die gesetzliche Vorgabe des gemeinsamen Landesentwicklungsprogrammes 2007 entgegen und wäre ein Widerspruch zur höherstufigen Planungsebene.</p>	

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Dienstleistungssektor. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Die Gemeinde Borkheide ist auf Grund ihrer zentralörtlichen Funktion als Grundzentrum im LEP HR auszuweisen.</p>			
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Die Schaffung Grundfunktionaler Schwerpunkte ist zu begrüßen, jedoch kann sie nicht die Grundzentren ersetzen. Weiterhin sind die Schwerpunkte für Kommunen des WMR mit starken Unwägbarkeiten verbunden. Durch die Auslagerung in die Regionalplanung ist zeitlich nicht abschätzbar, wann der Status als Schwerpunkt für eine Gemeinde bestimmt wird und dadurch auch, ab wann die zusätzlichen landesplanerischen Entwicklungsmöglichkeiten (Einzelhandelseinrichtungen Z 2.12 und Wohnsiedlungsflächen Z 5.7) in Anspruch genommen werden können. Die in der Begründung zu Z 3.3 benannten Anforderungen an einen Grundfunktionalen Schwerpunkt decken sich mit der Erläuterung der Grundzentren aus dem Beschluss der MKRO. Auszug aus der Begründung zu Z 3.3: „Die Grundfunktionalen Schwerpunkte sind von den anderen Ortsteilen und benachbarten Gemeinden in der Regel mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar und bieten einem großen Teil der Bevölkerung eine Versorgung der kurzen Wege. Daraus ergeben sich für die weitere Entwicklung und Sicherung der Grundversorgung Vorteile. Die Grundfunktionalen Schwerpunkte haben zudem eine wichtige Verkehrsverknüpfungsfunktion im Verkehrsnetz, insbesondere in Verbindung zu den Mittelzentren. Die Grundfunktionalen Schwerpunkte sind in der Regel die mit Abstand am besten ausgestatteten Ortsteile (Hauptorte) in einer Region. Die Ausstattung der Grundversorgung muss den Sitz der Kommunalverwaltung, eine Schule der Primarstufe, Angebote für</p>	<p>III.3.3.1 Prädikatisierung Grundfunktionale Schwerpunkte durch die Regionalplanung</p>	<p>Die Privilegien der Grundfunktionalen Schwerpunkte stellen erweiterte Möglichkeiten für zusätzliche über die Eigenentwicklung hinausgehende Flächen für Wohnsiedlungen und für den großflächigen Einzelhandel ohne Sortimentsbeschränkung dar, die aber eine Prädikatisierung des entsprechenden Ortsteils durch die Regionalplanung voraussetzt. Bis zum Inkrafttreten der Regionalpläne - die die Regionalen Planungsgemeinschaften in eigener Verantwortung erarbeiten - können daher die Entwicklungsmöglichkeiten, die allen Gemeindeteilen zur Verfügung stehen, genutzt werden. Es ist nicht erkennbar, weshalb die raumordnerische Festlegung in der räumlich konkreteren Maßstabsebene nicht durch die kommunal verfassten Regionalen Planungsgemeinschaften in den Regionalplänen erfolgen sollte. Die Abschichtung zwischen den beiden Ebenen der Raumordnungsplanung erfolgt maßstabsbezogen. Aufgrund der Reorganisation der Verwaltungsstrukturen auf gemeindlicher Ebene werden im Landesentwicklungsplan für die Regionalplanung nunmehr Ortsteile als geeignete Bezugskulisse für eine Festlegung als Grundfunktionaler Schwerpunkt adressiert. Die Wiedereinführung der Grundzentren ist keine Alternative zur Neufestlegung von „Grundfunktionalen Schwerpunkten“. Mit dem vorgesehenen System Zentraler Orte wird eine einheitliche und seit 10 Jahren eingeführte Zentrenstruktur gewährleistet. Eine Ansprache auf Ortsteilebene auf der Ebene der staatlichen Landesplanung wäre schon aus Maßstabsgründen nicht zweckmäßig. Das gemeinsame</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>die Jugend- und Altenbetreuung, allgemein- und zahnmedizinische Versorgung, Apotheke, stationären Einzelhandel mit nahversorgungsrelevantem Sortiment, Bank- oder Sparkassenfiliale, Postdienstleister und eine Anbindung an den ÖPNV umfassen." Es ist offensichtlich, dass die Landesplanung eine vierte Stufe neben den festgesetzten (Mittel-, Oberzentrum, Metropole) für notwendig erachtet. Allerdings soll hier das Grundfunktionale Zentrum das Grundzentrum ersetzen. Hierdurch entsteht Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion auch ein rechtlicher Nachteil, da der Status „Grundzentrum" Abwehrrechte nach dem ROG mit sich bringt. Diese sind dem Grundfunktionalen Zentrum nicht eigen. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Die Landesplanung darf sich nicht durch die Grundfunktionalen Schwerpunkte aus der Verantwortung der Grundversorgung und aus der Schaffung tragfähiger Strukturen durch Grundzentren entziehen.</p>		<p>Landesentwicklungsprogramm adressiert explizit Gemeinden als Träger zentralörtlicher Funktionen. Der Ansprache von Ortsteilen als Zentrale Orte steht die gesetzliche Vorgabe des gemeinsamen Landesentwicklungsprogrammes 2007 entgegen und wäre ein Widerspruch zur höherstufigen Planungsebene. Die innergemeindliche Konzentration zusätzlicher – aber dennoch quantitativ begrenzter - über die Eigenentwicklung hinausgehender Flächen für Wohnsiedlungen und des großflächigen Einzelhandels ohne Sortimentsbeschränkung auf raumordnerisch geeignete Standorte ist insbesondere nach dem Entstehen von großflächigen Gemeinden im Zuge der bis 2003 realisierten Gemeindegebietsreform zur Sicherung leistungsfähiger Strukturen für die Erbringung der Selbstverwaltungsaufgaben erforderlich. Das mit dem Landesentwicklungsplan B-B von 2009 eingeführte System der dreistufigen Zentrale-Orte-Gliederung (Metropole, Oberzentrum, Mittelzentrum) wird im Landesentwicklungsplan HR beibehalten. Die Bundesländer entscheiden eigenständig über die konkrete Ausgestaltung ihres Zentrale-Orte-Systems. MKRO-Beschlüsse sind unverbindliche Empfehlungen. Die gesetzlich geschützte Beteiligung an der Bauleitplanung der Nachbargemeinde bleibt vom Landesentwicklungsplan unberührt.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b> Es darf je Verwaltungseinheit nur ein Grundfunktionaler Schwerpunkt ausgewiesen werden (vgl. Begründung zu Z 3.3). Dies widerspricht jedoch der Entwicklung der Gemeinden und deren Ausrichtung. Die Stadt Brück, die Gemeinde Borkheide sowie die Gemeinde Borkwalde nehmen Entlastungsfunktionen für Berlin und das Umland wahr, die Gemeinde Golzow ist demgegenüber auf das Oberzentrum Brandenburg sowie das Mittelzentrum Bad</p>	<p>III.3.3.2 Funktionszuweisung Grundfunktionale Schwerpunkte</p>	<p>Die Privilegien der Grundfunktionalen Schwerpunkte (erweiterte – aber dennoch quantitativ begrenzte - Möglichkeiten für über die Eigenentwicklung hinausgehende Flächen für Wohnsiedlungen und zur Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel ohne Sortimentsbeschränkung) sollen bewusst auf raumordnerisch besonders günstige Standorte konzentriert werden, daher ist nur ein Grundfunktionaler Schwerpunkt pro Gemeinde zulässig. Allen</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>Beizig ausgerichtet, dennoch sind die Gemeinden in Bezug auf die Siedlungsentwicklung gleichwertig als Grundfunktionale Schwerpunkte anzusehen. Weiterhin müssen auch mehrere Grundfunktionale Schwerpunkte - besonders im Hinblick auf die zusätzliche Wohnflächenentwicklung - innerhalb eines Verwaltungsgebietes möglich sein, um den entsprechenden Funktionen der Gemeinde gerecht zu werden.</p>		<p>anderen Ortsteilen stehen die Möglichkeiten der Eigenentwicklung nach den Vorgaben des Landesentwicklungsplan zu, die eine ausreichende Entwicklung ermöglichen. Für die Festlegung der Grundfunktionalen Schwerpunkte in den Regionalplänen benennt der Landesentwicklungsplan raumordnerische Kriterien, von denen nur hinsichtlich einzelner Versorgungsfunktionen abgewichen werden kann, um die Konzentration auf die besonders geeigneten Ortsteile sicherzustellen.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b>            Berlin ist dementsprechend als Oberzentrum auszuweisen, da vergleichbare Metropolen in der Bundesrepublik ebenfalls keine Sonderebene darstellen. Sofern die Gemeinsame Landesplanungsabteilung nicht von der Ebene der Metropole abrückt, ist das Grundzentrum als vierte Ebene darzustellen und bereits im LEP festzulegen.</p>	<p>III.3.4.1            Prädikatisierung            Metropole</p>	<p>Berlin ist schon in der Vorgängerplanung aus dem Jahr 2009 als Metropole festgesetzt worden. Vergleichbare Metropolen in anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland stellen ebenfalls eine Sonderebene dar. Daher hat auch die Entschließung der MKRO aus dem Jahr 2016 diesen Sachverhalt explizit thematisiert. Die vermeintlich logische Verknüpfung zwischen einem Nichtabrücken von der Ebene der Metropole und dem Erfordernis, Grundzentren als vierte Ebene im LEP festzulegen, erschließt sich nicht.</p>	<p>nein</p>
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b>            Die Abkehr von der im ersten Entwurf verwendeten Berechnungsgrundlage „Wohneinheiten“ ist zu begrüßen. Ebenfalls ist die Veränderung des Umfangs der Eigenentwicklung von 0,5 ha / 1.000 Einwohner für einen Zeitraum von 10 Jahren (LEP B-B) auf 1,0 ha / 1.000 Einwohner in diesem Zeitraum (LEP HR) als positives Signal der Landesplanung zu werten. Hier versucht die Landesplanung der Wohnraumknappheit in Berlin und dem Berliner Umland durch sinnvolle Erweiterung der Gemeinden im</p>	<p>III.5.5.2.1            Festlegung Umfang            für örtlichen Bedarf</p>	<p>Der Landesplanungsvertrag sieht vor, die gemeinsamen Landesentwicklungspläne spätestens zehn Jahre nach ihrer Aufstellung zu überprüfen. Innerhalb dieses zeitlichen Rahmens werden die Wirkungen der Festlegungen evaluiert. Der LEP HR tritt mit Ablauf von 10 Jahren jedoch nicht außer Kraft, sondern gilt solange fort, bis er geändert oder fortgeschrieben wird. Im Rahmen der Planaufstellung konnte gezeigt werden, dass die vorgesehene Eigenentwicklungsoption für einen Zeitraum von 10 Jahren ausreicht</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>WMR entgegenzuwirken. Allerdings ist der Zeitraum von 10 Jahren weiterhin als zu langfristig einzuschätzen, um auf den Wohnraumbedarf reagieren zu können. Weiterhin ist der Zeitrahmen von 10 Jahren zu verringern, um dem voraussichtlich weiter anhaltenden Siedlungsdruck gerecht werden zu können. Sofern dies nicht vorgesehen wird, ist eine Zusatzoption für Gemeinden, die ihr zusätzliches Entwicklungspotenzial ausgeschöpft haben, vorzuhalten.</p>		<p>und geeignet ist, den Eigenentwicklungsanspruch der Gemeinden zu gewährleisten. Innerhalb dieses Zeitraums liegen auch die Planungszeiträume der Gemeinden, denen damit eine erforderliche Planungssicherheit gegeben wird. Im Falle unerwarteter Ereignisse besteht jederzeit die Möglichkeit, einen LEP auch vor Ablauf der 10-jährigen Überprüfungsfrist fortzuschreiben. Die Festlegung einer Zusatzoption für nicht prädikatisierte Gemeinden, die ihr Entwicklungspotenzial ausgeschöpft haben, würde den Steuerungsansatz der Konzentration von Wohnsiedlungsflächen auf räumliche Schwerpunkte konterkarieren. Das überörtliche Interesse, Wohnsiedlungsentwicklung außerhalb lagegünstiger Schwerpunkte auf die Eigenentwicklung zu begrenzen, wiegt hier schwerer als das Interesse an erweiterten Entwicklungsmöglichkeiten in allen Gemeinden.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Diese Festsetzung Z 5.5 Abs. 2 war im LEP B-B noch nicht enthalten und stellt eine unverhältnismäßige Belastung, besonders für finanzschwache Kommunen, dar. Bebauungspläne, die beispielsweise zwischen 1990 und 2000 aufgestellt wurden, sind auf Grund ihrer Festlegungen teilweise nicht umsetzbar. Finanzielle Mittel für eine Änderung der Planinhalte stehen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Durch den Plangeber wird nicht hinreichend begründet, warum diese Festlegung nach Evaluierung des LEP B-B neu in den LEP HR aufgenommen wurde. Es wird der Siedlungsdruck aus Berlin und dem Umland außer Acht gelassen. Allerdings besteht ein steigendes Interesse an vollerschlossenen Baugrundstücken in der Gemeinde Borkheide, dies kann bereits durch die Entwicklung der Bodenrichtwerte bewiesen werden. Mit dem steigenden Siedlungsdruck aus Berlin und</p>	<p>III.5.5.2.2 Anrechnung Wohnsiedlungsflächen auf örtlichen Bedarf</p>	<p>Die vorgesehene Festlegung zur Eigenentwicklung geht davon aus, dass der örtliche Bedarf der Gemeinden neben ungenutzten Innenentwicklungspotenzialen vorrangig auch über Planungsreserven in rechtskräftigen Bauleitplänen gedeckt wird. In die Berechnung des Spielraums für die Eigenentwicklung sind Wohnsiedlungsflächen, die in Flächennutzungsplänen oder in Bebauungsplänen vor dem 15. Mai 2009 dargestellt bzw. festgesetzt wurden, aber noch nicht erschlossen oder auch noch nicht bebaut sind, einzubeziehen. Wohnsiedlungsflächen, die in Flächennutzungsplänen oder in Bebauungsplänen ab dem 15. Mai 2009 dargestellt bzw. festgesetzt wurden, sind bereits an vergleichbare Festlegungen des LEP B-B angepasst und werden daher nicht auf die Eigenentwicklungsoption angerechnet. Das überörtliche Interesse, den örtlichen Bedarf an Wohnsiedlungsflächen nicht</p>	<p>ja</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>dem Umland sind stark ansteigende Grundstückspreise verbunden. Für die Ortslage Borkheide ist beispielweise ein Anstieg von 120 % im Vergleich zum Jahr 2010 festzustellen. Die bereits bebaubaren Grundstücke in Privathand entwickeln sich hierdurch zu Spekulationsobjekten, sodass aus wirtschaftlichen Interessen der Privateigentümer eine Realisierung durch Wohnbebauung nicht kurzfristig sicherzustellen ist. Diese blockierten Bauflächen würden ebenfalls von der zusätzlichen Entwicklungsoption abgezogen werden, sind aber für die Kommune nicht steuer- und entwickelbar. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Die Anrechnung der nicht realisierten Bauflächen, die vor Inkrafttreten des LEP B-B ausgewiesen wurden, ist aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen.</p>		<p>prädikatisierter Gemeinden vorrangig auch über vorhandene Planungsreserven in rechtskräftigen Bauleitplänen zu decken und damit zusätzliche Flächeninanspruchnahmen für neue Wohnsiedlungen zu vermeiden, wiegt hier schwerer als das Interesse an erweiterten Entwicklungsmöglichkeiten dieser Gemeinden. In der Begründung werden hierzu klarstellende Erläuterungen ergänzt.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b> In Fortführung der der Änderung zu Z 3.1 LEP HR sind Grundzentren als Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung festzulegen.</p>	<p>III.5.6.3 Uneingeschränkte Wohnsiedlungs- flächenentwicklung in Schwerpunkten</p>	<p>Der LEP HR sieht keine Festlegung von Grundzentren vor (siehe zu III.3.6). Unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten nicht prädikatisierter Gemeinden würden den Steuerungsansatz der Konzentration von Wohnsiedlungsflächen auf räumliche Schwerpunkte konterkarieren. Das überörtliche Interesse, Wohnsiedlungsentwicklung außerhalb lagegünstiger Schwerpunkte auf die Eigenentwicklung zu begrenzen, wiegt hier schwerer als das Interesse an quantitativ unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten in allen Gemeinden.</p>	<p>nein</p>
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b> Der Grundsatz beschränkt sich auf Ober- und Mittelzentren an den Schienenstrecken. Weitere Gemeinden, die ebenfalls zentralörtliche Funktionen aufweisen und unter der Maximalfahrtdauer liegen,</p>	<p>III.5.8 Wohnsiedlungs- entwicklung in Städten der zweiten Reihe</p>	<p>Bei der Strategie der Städte der 2. Reihe werden Zentrale Orte adressiert, die die Entfernungskriterien der Strategie der Städte der 2. Reihe erfüllen und insbesondere auch aufgrund ihrer hochwertigen</p>	<p>nein</p>



**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>werden nicht berücksichtigt. Hier verkennt der Plangeber die Funktion des Siedlungssterns und die gewachsene Struktur. Weiterhin sind auch Gemeinden, von denen Berlin von 60 Fahrminuten mit MIV erreicht werden kann, nicht betrachtet worden. Hier wird pauschal auf die Vermeidung zusätzlicher Verkehrsströme verwiesen, diese existieren allerdings bereits, daher müssen diese Gemeinden planerisch berücksichtigt werden. Zur Vermeidung von innerstädtischen Verkehrsströmen sind sinnvolle Verkehrsplanungen (z. B. Parkmöglichkeiten am Rande Berlins mit Übergang zum ÖPNV) aufzustellen. Borkheide ist durch seine verkehrstechnische Erschließung (hier die Haltestelle des RE 7 sowie die Anbindung an die Autobahn A9) als „Stadt zweiter Reihe“ zu werten. Die Erreichbarkeit von Berlin und Potsdam durch SPNV wurden bereits in der Stellungnahme zu Ziel 1.1 dargelegt. Mit dem PKW kann das Stadtzentrum von Potsdam innerhalb von 35 Minuten erreicht werden. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Alle Brandenburger Kommunen, aus denen Berlin innerhalb von 60 Minuten erreichbar ist (unabhängig von Verkehrsart), sind für die Wohnsiedlungsentwicklung besonders in Betracht zu ziehen.</p>		<p>bzw. gehobenen Funktionen der Daseinsvorsorge als Standorte geeignet sind, Wachstum aufzunehmen. Gleichzeitig kann die Entwicklung in diesen Städten zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung und der Tragfähigkeit vorhandener Infrastruktur beitragen. Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion erfüllen diese Kriterien nicht. Voraussetzung für die Umsetzung der Strategie ist eine gute SPNV-Erreichbarkeit dieser Städte. Dies wird durch die Bezugnahme auf eine Fahrzeit von maximal 60 Fahrminuten in der Festlegung berücksichtigt. Die Bindung an die Erreichbarkeit über die Schiene entspricht dem Steuerungsansatz einer nachhaltigen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, nach der der Nutzung des SPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) der Vorrang gegeben wird. Ein Verzicht an der Ausrichtung am SPNV würde dieser Planungsintention entgegenstehen.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Es ist zu bemerken, dass der Freiraumverbund für Berlin ebenfalls nicht vollständig berücksichtigt wurde. Die vorhandenen Freiflächen und Parks innerhalb von Berlin sind als Freiraumverbund zu sichern, um eine sinnvolle Stadtentwicklung zu ermöglichen. Sofern dies auf Ebene der Planzeichnung nicht möglich ist, sind die Freiflächen textlich zu sichern. Als Beispiel sei hier das „Tempelhofer Feld“ angeführt, das (auch durch Bürgerentscheid) einer Siedlungsbebauung nicht zur Verfügung steht.</p>	<p>III.6.2.1.1.1 Methodik Freiraumverbund</p>	<p>Für die Einbeziehung von Gebieten in den Freiraumverbund gelten aus Gründen dessen übergeordneten Charakters gesamtträumlich einheitliche Kriterien. Soweit Freiräume in Berlin diesen Kriterien entsprechen, sind sie in die Abwägung zur Bidlung der Gebietskulisse einbezogen. Darüber hinaus werden für den Strukturraum Berlin die städtische Freiraumentwicklung und der Freiraumverbund im Landschaftsprogramm/Artenschutzprogramm Berlin dargestellt. Innerhalb des Gestaltungsraumes Siedlung bestehen Spielräume zur Binnendifferenzierung und zum fachrechtlich gebotenen</p>	<p>nein</p>

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		Freiraumerhalt. Für weitere, teilräumlich ausgeprägte Freiraumfunktionen sind Festlegungen auf regionaler Ebene, informelle Konzepte oder örtliche Planungen und Maßnahmen geeignet.	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Gegen die Festsetzung des Freiraumverbundes wird Widerspruch erhoben. Es sind nicht alle bewohnten Ortsgebiete in der Darstellung berücksichtigt. Grundsätzlich ist auszuschließen, dass sich bewohnte Ortslagen innerhalb des Freiraumverbundes befinden.</p> <p>Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Auf der Ebene der Kartendarstellung sind alle Siedlungsflächen darzustellen. Als Grundsatz bzw. als Ziel ist festzuhalten, dass sich bebaute Ortslagen außerhalb des Freiraumverbundes befinden, da dies auf Grund des Kartenmaßstabs nicht ableitbar ist.</p>	<p>III.6.2.1.1.1 Methodik Freiraumverbund</p>	<p>Bereits bebaute Gebiete, die vom Festlegungszweck des Freiraumverbundes nicht erfasst werden sollen, wurden unter Anwendung des Darstellungsgrenzwertes der topografischen Kartengrundlage von 20 Hektar nicht Teil der Gebietskulisse des Freiraumverbundes. Hierfür wurde eine für die Maßstäblichkeit des LEP HR geeignete Siedlungstopografie erstellt. Eine Darstellung aller Siedlungsflächen ist auf dieser Maßstabs- und räumlichen Planungsebene weder möglich noch erforderlich oder angemessen. Um die Anforderungen an ein Ziel der Raumordnung zu erfüllen, ist die räumliche Ausprägung der Gebietskulisse des Freiraumverbunds mit anderen raumbedeutsamen Belangen abschließend abzuwägen. Besonderes Gewicht wird dabei den Belangen kommunaler Bauleitpläne beigemessen. Mit Inkrafttreten des LEP HR bereits bekannt gemachte, genehmigte oder als Satzung beschlossene verbindliche Bauleitpläne sowie dargestellte Bauflächen aus wirksamen Flächennutzungsplänen werden nicht Teil der Gebietskulisse des Freiraumverbundes, unbeachtlich der Einschränkung, dass dies in der zeichnerischen Festlegung nur oberhalb des Grenzwertes von 20 ha darstellbar ist. Hierzu erfolgt in der Begründung eine Klarstellung. Aus Sicht der Stellungnehmenden notwendige Entwicklungen wurden, soweit sie im Beteiligungsverfahren eingebracht wurden, einzelfallbezogen geprüft und in der Abwägung zur Abgrenzung des Freiraumverbundes berücksichtigt. Damit sind die bebauten Gebiete ganz überwiegend nicht von den Einschränkungen des Freiraumverbundes berührt.</p>	<p>ja</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>Allerdings ist es im Sinne der Verbundbildung hochwertiger Freiräume es teilträumlich erforderlich, dass kleinräumige Siedlungsgebiete, die von hochwertigen Freiräumen umgeben sind, vom Freiraumverbund überlagert werden. Dies ist Regelungszweck der Festlegung und entspricht raumordnerischen Anforderungen an eine nachhaltige Steuerung von Raumnutzungen. Der vorgesehene Freiraumverbund führt damit teilträumlich zu Einschränkungen für die Entwicklung von Nutzungen, die Freiraum in Anspruch nehmen würden. Die Festlegung stellt aber keine vollständige Unterbindung von Entwicklungsmöglichkeiten dar. Denn sie schließt zwar raumbedeutsame Inanspruchnahmen und Neuerschneidungen des Freiraums aus. Dagegen gelten für bereits bebaute Gebiete davon unberührt alle Entwicklungsmöglichkeiten nach § 34 und 35 Absatz 6 BauGB unberührt. Hierzu erfolgt in der Begründung eine weitere Klarstellung. In bestehende Baurechte greift der LEP nicht ein. Im Zusammenwirken mit anderen Festlegungen des Planentwurfs, durch die Festlegung von Ausnahmen in Z 6.2 Absatz 2 sowie bei der Festlegung der Gebietskulisse ist dabei eine Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungsabsichten erfolgt. Eine unverhältnismäßige Einschränkung von Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden wird dadurch ausgeschlossen. Zudem hat die Regionalplanung die Aufgabe, bei der Übertragung der Gebietskulisse des Freiraumverbundes auf die regionale Ebene eine maßstabsgerechte, räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des landesplanerischen Freiraumverbundes in den Regionalplänen vorzunehmen. Nähere Vorgaben zu machen ist einer neuen Richtlinie für die Regionalplanung vorbehalten. Ortskonkrete Belange im Gemeindegebiet Borkheide werden nicht vorgetragen.</p>	

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Eine Betroffenheit der Gemeinde durch den Freiraumverbund ist aus der Festlegungskarte nicht ersichtlich, kann aber auf Grund des verwendeten Maßstabes und der fehlenden Festsetzung von Abständen zwischen Ortslagen und Freiraumverbund für den westlichen Gemeindeteil nicht ausgeschlossen werden.</p>	<p>III.6.2.1.1.2 Gebietskulisse Freiraumverbund, ortskonkrete Hinweise</p>	<p>Die Gebietskulisse des Freiraumverbundes lag den Stellungnehmenden mit dem Planentwurf in einem für die Landesentwicklungsplanung angemessenen Maßstab vor. Dieser bringt zwingend einen maßstabsbedingten Abstraktionsgrad der zeichnerischen Darstellung mit sich, innerhalb dessen jedoch die räumliche Eindeutigkeit in der Darstellung vollständig gegeben ist. Die mit der gewählten Signatur einer Schraffur verbundene Unschärfe der äußeren Gebietsabgrenzung ist der landesplanerischen Ebene angemessen und erfordert regelmäßig Einzelfallprüfungen im Zweifel zugunsten eines beeinträchtigenden Vorhabens. Auf die ausreichende Lesbarkeit und Beurteilungsmöglichkeit der Darstellung weisen nicht zuletzt die zahlreichen ortskonkret formulierten Anregungen und Bedenken anderer Stellungnehmender hin. Die Betroffenheit des Gemeindegebiets von Borkheide ist aus der Festlegungskarte des Planentwurfes ersichtlich. Wie in der Anregung zutreffend eingeschätzt, ist das Gemeindegebiet nicht von der Gebietskulisse des Freiraumverbundes überlagert; marginale Berührungen liegen im südlichen und südwestlichen Bereich vor. Soweit dies im Einzelfall aufgrund der maßstabsbedingten Abstraktion der zeichnerischen Festlegung im LEP HR zweifelhaft sein sollte, erfordert die Unschärfe der äußeren Gebietsabgrenzung regelmäßig Einzelfallprüfungen im Zweifel zugunsten eines beeinträchtigenden Vorhabens. In der Regionalplanung soll zudem eine maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung des Freiraumverbundes erfolgen. Eine pauschale Erweiterungsmöglichkeit bereits bebauter Gebiete mittels der in der Anregung erwähnten Abständen zwischen Ortslagen und Freiraumverbund widerspräche dem Festlegungszweck der Sicherung eines länderweiten, nach</p>	<p>nein</p>

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>einheitlichen Kriterien abgegrenzten Verbundes hochwertiger Freiräume, der teilräumlich Einschränkungen für die Entwicklung zusätzlicher Nutzungen zulasten des Freiraums erfordert.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Gegen die Festsetzung des Freiraumverbundes wird Widerspruch erhoben. Durch den Maßstab ist die Grenze des Freiraumverbundes nicht feststellbar.</p>	<p>III.6.2.1.1.3 Gebietskulisse Freiraumverbund, allgemeine Hinweise (Signatur, Bestimmtheitsgebot)</p>	<p>Flächenhafte Festlegungen erfüllen die Anforderungen an die räumliche Bestimmtheit von Zielen der Raumordnung, wenn sie – wie hier – maßstabsgerecht gebietsscharf abgrenzt sind. Die Gebietskulisse des Freiraumverbundes lag den Stellungnehmenden mit dem Planentwurf in einem für die Landesentwicklungsplanung angemessenen Maßstab vor. Dieser bringt zwingend einen maßstabsbedingten Abstraktionsgrad der zeichnerischen Darstellung mit sich, innerhalb dessen jedoch die räumliche Eindeutigkeit in der Darstellung vollständig gegeben ist. Die mit der gewählten Signatur einer Schraffur verbundene Unschärfe der äußeren Gebietsabgrenzung ist der landesplanerischen Ebene angemessen und erfordert regelmäßig Einzelfallprüfungen im Zweifel zugunsten eines beeinträchtigenden Vorhabens. Dagegen würde die Vorlage detaillierterer Karten oder auch digitaler Daten eine der Landesplanung unangemessene Maßstabsschärfe in der Betrachtung ermöglichen und zu Fehlbewertungen führen. Vielmehr ist es der Regionalplanung vorbehalten, eine maßstabsgerechte räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung vorzunehmen. Innerhalb der Gebietskulisse entsteht aus der Schraffur kein Interpretationsspielraum. Auf die ausreichende Lesbarkeit und Beurteilungsmöglichkeit der Darstellung weisen nicht zuletzt die zahlreichen ortskonkret formulierten Anregungen und Bedenken anderer Stellungnehmender hin.</p>	<p>nein</p>

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b></p> <p>Im Ziel 7.2 wird die fehlende Verknüpfung zu den Verkehrsplanungen auf Landesebene (Mobilitätsstrategie 2030, Landesnahverkehrsplan) deutlich. Die Angabe der Zeitfaktoren zur Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren ist nicht ausreichend, um die Einstufung von Bundes- und Landesstraßen als „großräumige und überregionale Straßenverbindungen“ festzustellen. Einen Rückschluss auf die Berücksichtigung der Straßenplanungen ist nicht möglich. Für Kommunen, die auf die Verbindungen von Bundes- und Landesstraßen angewiesen sind, ist kein Anspruch auf bedarfsgerechten Ausbau aus der Landesentwicklungsplanung abzuleiten. Die innerhalb der Festlegungskarte dargestellten Straßen- und Schienenverbindungen sind als nicht ausreichend einzuschätzen, um die benannten Erreichbarkeiten Zentraler Orte sicherzustellen. Unklar ist es ebenfalls, warum die Erreichbarkeit eines Mittel- und Oberzentrums in Minuten (sowohl mit PKW, als auch mit ÖPNV) bemessen wird, wohingegen bei der Zuordnung zu den Strukturräumen ein Distanzparameter in Kilometern als Grundlage verwendet wird. Innerhalb des LEP sollten alle auf Distanz basierenden Berechnungen mit Zeit in Minuten bemessen werden, dies ist allein schon auf Grund der Größe des Bundeslandes Brandenburg sinnvoll. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Der Landesentwicklungsplan ist mit den Verkehrsplanungen des Landes Brandenburg zu kombinieren, um eine sinnvolle Entwicklung eines tragfähigen Verkehrsnetzes zu ermöglichen.</p>	<p>III.7.2 Verkehrsverbindungen zwischen Zentralen Orten</p>	<p>Die Planungsprozesse von Landesentwicklungsplänen und Fachplänen werden grundsätzlich nicht isoliert voneinander, sondern in enger Abstimmung miteinander durchgeführt. Die Landesentwicklungsplanung ist eine zentrale Grundlage für die Fachplanung und für fachliche Strategien, wie die Mobilitätsstrategie. Widersprüche sind bezogen auf den LEP HR nicht erkennbar. Durch die vorgesehene Festlegung ist beabsichtigt, die Mobilitätsbedürfnisse in allen Teilen der Hauptstadtregion nachhaltig zu sichern, indem die für die Erreichbarkeit der Zentralen Orte notwendigen Verbindungsbedarfe identifiziert und festgelegt werden. Diese sind im Rahmen der konkreten Netzplanung durch die Fachplanung vorrangig zu sichern und ggf. nachfragegerecht zu entwickeln. Der LEP HR trifft keine Aussagen zu konkreten Trassen oder Strecken. Konkrete Festlegungen zum Netz, dem Qualifizierungsbedarf, zu konkreten Maßnahmen, der Finanzierung, Haltepunkten etc. sowie zu (zeitlichen) Prioritäten, die sich nicht allein aus dem Verbindungsbedarf der Zentralen Orte ableiten lassen, sind Aufgabe der Fachplanung und werden daher nicht im Raumordnungsplan vorgenommen. Eine gute Erreichbarkeit von Zentralen Orten ist notwendig, um die Versorgungssicherheit in der Fläche zu sichern. Der LEP HR trifft für die Verkehrsnetzgestaltung Festlegungen, die auf der „Richtlinien für integrierte Netzgestaltung“ (RIN) basieren. Diese beinhaltet Zielgrößen für die Erreichbarkeit Zentraler Orte ausgehend von den Wohnstandorten sowie Zielvorgaben für die Erreichbarkeit Zentraler Orte gleicher Zentralität untereinander. Sie existiert seit dem Jahr 2008 als bundesweit gültige Richtlinie. Mit der Festlegung von Strukturräumen ist beabsichtigt, Räume entsprechend ihres</p>	<p>nein</p>

## Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
		<p>unterschiedlichen raumordnerischen Steuerungsbedarfes abzugrenzen. Die Strukturräume lassen sich mit Hilfe von Indikatoren der Regionalstatistik hinsichtlich ihres räumlichen Ordnungs- und Entwicklungsbedarfes abgrenzen. Mit der gewählten Methodik wird unter Einbeziehung wesentlicher Kennwerte (Daten und Indikatoren) zu Entwicklung, Dichte, Verflechtungsintensität, Lage, Distanz und Erschließung eine zweckmäßige und nachvollziehbare räumliche Zuordnung festgelegt. Ein Indikator ist dabei der Lage-Distanz-Parameter. Zur Darstellung und Messung von Lage und Distanz stellt die Verwendung der Luftliniendistanz eine verkehrsträger- und verkehrswegeunabhängige Abstraktion dar. Die zeitliche Erreichbarkeit wäre hierfür kein objektiver Indikator, da diese je nach (Änderung von ) Ausbaustandards, Bedienung etc. kurzfristigen Schwankungen unterworfen sein könnte und daher ungeeignet ist.</p>	
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b> Es fehlt an verbindlichen Maßnahmen für den Straßenbaulastträger der Bundesautobahnen zur Verbesserung des Immissionsschutzes.</p>	<p>III.7.5 Weitere Anregungen zum Themenfeld Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung</p>	<p>Die Festlegung von Maßnahmen zum Immissionsschutzes sind kein Regelungsgegenstand der Raumordnungsplanung.</p>	<p>nein</p>
<p><b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b> Neben der Entwicklung des ÖPNV / SPNV durch Bindung der landesweiten Verkehrsplanung sind im LEP HR auch Festlegungen zur Entwicklung des Radwegenetzes innerhalb des Landes Brandenburg notwendig. Es sind mindestens die Straßen des Grundnetzes (vgl. Mobilitätsstrategie Brandenburg 2030) mit</p>	<p>III.7.5 Weitere Anregungen zum Themenfeld Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung</p>	<p>Die konkrete Planung und Organisation des Radverkehrs überschreitet die Regelungskompetenzen der Raumordnungsplanung und ist Aufgabe der Fachplanung.</p>	<p>nein</p>

**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>straßenbegleitenden Radwegen auszustatten, hierdurch können Verkehrsströme durch MIV gesenkt werden und gleichzeitig die touristische Attraktivität der Regionen gestärkt werden.</p>			
<b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b>			
<p>Den Festlegungen des LEP entsprechend, besteht für alle Brandenburger Kommunen eine generelle Ausrichtung auf Berlin und damit auch eine Verflechtung mit dem Strukturraum der Metropole. Durch den Grundsatz 9.2 wird allerdings verdeutlicht, dass lediglich die Verbindung zwischen Berlin und dem Berliner Umland Entwicklungsschwerpunkt für den Plangeber ist. Der WMR wird weder im Grundsatz noch in der Begründung dazu thematisiert. Durch die explizite Darstellung dieser Verbindung stellt der Plangeber im Umkehrschluss dar, dass eine Verflechtung zwischen Berlin sowie dem Berliner Umland mit dem WMR nicht vorhanden bzw. nicht entwicklungswürdig ist. Hier wird der Plangeber wieder seiner Aufgabe der Steuerung der Entwicklung von erhaltenswerten und tragfähigen Strukturen innerhalb Brandenburgs nicht gerecht. Vorschlag/Forderung/Ergänzung: Der Grundsatz ist zu streichen oder dahingehend anzupassen, dass auch die Verflechtung des WMR mit Berlin weiter auszubauen ist. Auch an dieser Stelle ist der „Siedlungsstern“ in seiner Gesamtheit zu betrachten.</p>	<p>III.9.2.1 Interkommunale Kooperation Berlin und BU</p>	<p>Der raumordnerische Grundsatz der interkommunalen und regionalen Kooperation gilt gemäß §8 Landesentwicklungsprogramm für den gesamten Planungsraum. Die Regelung des Plansatzes zielt insbesondere auf die Weiterentwicklung der länderübergreifenden Zusammenarbeit, da die Verflechtungen in diesem Raum zunehmen. Arbeitsgruppen und Gremien unterliegen nicht der raumordnerischen Steuerung. Für den gesamten Planungsraum gilt der interkommunale Kooperationsgrundsatz (§8LEPro) und insbesondere die Zusammenarbeit in den Mittelbereichen (G9.3) soll auch für den weiteren Metropolenraum handlungsleitend sein. Dieser Kooperationsgrundsatz negiert nicht die faktischen Verflechtungen in der gesamten Hauptstadtregion (einschließlich des gesamten Siedlungssterns).</p>	<p>nein</p>
<b>Gemeinde Borkheide - ID 356</b>			
<p>Die Stellungnahme der Gemeinde Borkheide vom 13. Dezember 2016 wird aufrechterhalten und zum Bestandteil dieser Stellungnahme, da nicht vollständig nachvollziehbar ist, welche Bestandteile Berücksichtigung im zweiten Entwurf des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion fanden. Hierzu hätte</p>	<p>VII.4 Beteiligung und Beteiligungsverfahren</p>	<p>Der 1. Entwurf des LEP HR 2016 wurde aufgrund der im Beteiligungsverfahren vorgebrachten Anregungen und Bedenken im Ergebnis der Abwägung inhaltlich fortentwickelt und z.T. auch strukturell neu gruppiert. Insoweit lässt sich eine zum 1. Entwurf vorgetragene Stellungnahme nicht unmittelbar auf den 2. Entwurf des</p>	<p>nein</p>



**Dokumentation der Abwägung der zum 2. Entwurf des LEP HR vorgetragenen Anregungen und Bedenken**

Stellungnehmende - Anregung/Bedenken	Sachpunkt	Abwägung	Plan- änderung
<p>von Seiten des Plangebers ein Abwägungsergebnis mitgeteilt werden müssen..</p>		<p>LEP HR 2017 projizieren. In der Ansprache der Öffentlichen Stellen wie auch der Öffentlichkeit wurde daher explizit darum gebeten, die nun vorgesehenen Regelungen des 2. Planentwurfes auf ggf. entgegenstehende Belange zu prüfen und Erkenntnisse entsprechend klar adressiert zu übermitteln. Dieser Aufgabe wollte sich ein Teil der Stellungnehmenden offenbar nicht unterziehen. Die zum 1. Entwurf vorgetragenen Anregungen und Bedenken sind bereits geprüft und abgewogen worden. Die Anregungen und Bedenken wurden nun wunschgemäß hinsichtlich ihrer für den 2. Entwurf noch gegebenen Relevanz gesichtet und ein weiteres Mal hinsichtlich der seinerzeit vorgenommenen vorläufigen Abwägung überprüft. Im Ergebnis der Gesamtabwägung lassen sich keine neu zu gewichtenden Belange erkennen, die zum Erfordernis einer Veränderung des Abwägungsergebnisses führen würden. Die Abwägung der zum 1. wie auch zum 2. Entwurf eingegangenen Anregungen und Bedenken ist nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens und nach der Befassung der Fachausschüsse der beiden Landesparlamente final. Der Landesplanungsvertrag zeichnet das Verhältnis zwischen den Landesregierungen als Planungsträger und den Landesparlamenten und der darauf aufbauenden Kommunikation mit Dritten eindeutig vor. Eine Veröffentlichung von vorläufigen Abwägungen zu den Anregungen und Bedenken aus der 1. Auslegung durch die Landesregierungen während des laufenden Beteiligungsverfahrens war vor dem Hintergrund des gesetzlich normierten Ablaufes weder möglich noch erforderlich. Sie hätte zudem die vom Gesetzgeber vorgesehene Rolle der Parlamente diskreditiert - zumal die herausgehobene Rolle der Parlamente im Planungsprozess mit Vehemenz betont wird. Gegenstand der 2. Auslegung war nicht eine Auseinandersetzung mit der Abwägung von Anregungen und Bedenken zum 1. Entwurf, sondern die Prüfung des 2. Entwurfes auf</p>	